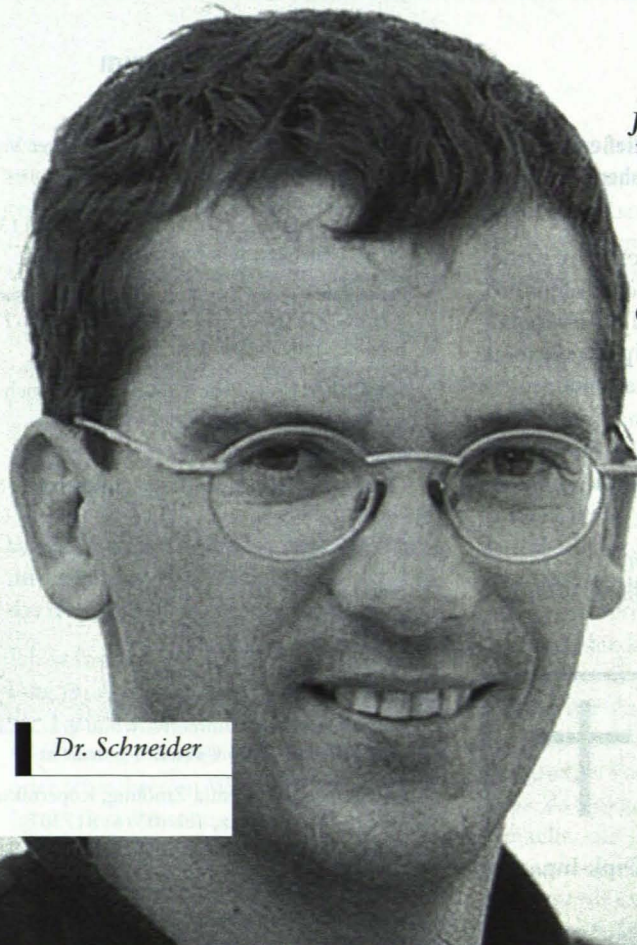


Bürgerbeteiligung bei Verkehrsinfrastruktur-



Dr. Schneider

*Dipl.-Ing. Dr. techn.;
Jg. 1963; Studium des
Wirtschaftsingenieur-
wesens Bauwesen –
TU Graz;
Dissertation zum
Thema „Analyse des
Güterversandes öster-
reichischer Unterneh-
men“; 1990–1994
Assistent am Institut
für Eisenbahnwesen,
TU Graz; 1994–1997
Leiter der Abteilung
Verkehrsplanung
Oksakowski-Ingenie-
ure; 1997 Bereichs-
leiter Systemplanung
Schieneninfrastruk-
turfinanzierungs
GmbH; seit
1. 11. 1997 Projekt-
leiter Koralmbahn
Steiermark, HL-AG.*

1. Bürgerbeteiligung und gesetzliche Grundlagen

Große Verkehrsinfrastrukturvorhaben stehen seit jeher unter einer starken Beeinflussung durch die öffentliche Meinung bzw. im Spannungsfeld zwischen öffentlichen und privaten Interessen.

Nach der Errichtung des Straßennetzes und der Infrastruktur für die Stromversorgung folgte in den 80er und Anfang der 90er Jahre eine Skepsis gegenüber Infrastrukturgroßbauvorhaben.

Um den Aspekt der Bürgerbeteiligung und die Fragen des Umweltschutzes entsprechend in die Projektarbeit zu integrieren, wurde in Österreich im Jahre 1994 das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVP-Gesetz) in Kraft gesetzt.

Ziel dieses Gesetzes ist einerseits die umfassende Überprüfung aller Umweltauswirkungen im Rahmen eines konzentrierten Verfahrens behördlich zu behandeln (kein konzentriertes Verfahren bei HL-Strecken und Bundesstraßen) und andererseits durch eine standardisierte Bürgerbeteiligung die Verpflichtung zur Information im Rahmen des Behördenverfahrens zu gewährleisten.

Eine solche Bürgerinformation ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vielfach vorgesehen. Für HL-Strecken heißt das Einsichtnahme und öffentliche Auflage in der Phase der

- Anzeige des Vorhabens (Vorlage UVE-Konzept)
- Abgabe der UVE (Erklärung und Abgabe der Projektunterlagen)

- Erstellung der Gutachtenliste und Untersuchungsrahmen
- Erstellung des Umweltverträglichkeitsgutachtens
- Öffentliche Erörterung des Vorhabens
- Erstellung des Protokolls über die Erörterung
- Erlass der Trassenverordnung!!

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass allerdings gerade in der Phase der Erarbeitung eines Trassenvorschlages (Vorschlagstrasse) bzw. in der Variantendiskussion bei Verkehrsinfrastrukturprojekten eine frühzeitige Bürgereinbindung die Akzeptanz von Projekten entscheidend erhöhen kann.

2. Freiwillige Bürgerbeteiligung

Aus diesem Grund wird zusätzlich zu der behördlich vorgesehenen Einbindung der Öffentlichkeit eine zusätzlich frühe Integration der Öffentlichkeit in der Planung vorgeschlagen.

Verkehrsinfrastrukturprojekte von Größenordnung wie sie eine Koralmbahn zur Attraktivierung der Neuen Südbahn aufweist, erfordern allerdings nicht nur eine Einbindung der BürgerInnen durch Planung mit den BürgerInnen sondern orientieren sich vor allem am „Ziel der Planung für die BürgerInnen“.

Ein Projekt Koralmbahn stellt die erste Netzveränderung des österreichischen Schienennetzes seit seinem Bau vor 150 Jahren dar und verändert damit entscheidend Erreichbarkeiten und Raumstrukturen. Im Rahmen der

v o r h a b e n a m B e i s p i e l K o r a l m b a h n

Funktion der Koralmbahn als Schlüsselverbindung innerhalb des transeuropäischen Netzes werden völlig neue Fahrzeiten im Reiseverkehr (z. B. Wien–Venedig 5 h) ermöglicht und erschließen damit den oberitalienischen Raum als einen der bedeutendsten Wirtschaftszentren Europas.

Daneben führt die Verkehrsinfrastruktur auch zu bedeutenden Verbesserungen im innerösterreichischen Verkehr, vor allem in der Verbindung der beiden südlichen Bundesländer (Fahrzeitverkürzung von 3 h auf 1 h).

Desweiteren ergeben sich auch wesentliche Vorteile für die Anwohner der Region, indem entsprechende Zu- und

Gerade eine solche Langfristigkeit eröffnet völlig neue Perspektiven und Möglichkeiten für Raumwirkung und Wirtschaftsentwicklung. Aus dieser Sichtweise ist die Planung für und mit allen Interessensvertretungen ein wesentliches Merkmal zukunftsorientierten Handelns.

Aus diesem Grund erscheint für die Projekterarbeitung eine Information mit Stellungnahmen im eigentlichen Behördenverfahren sehr spät, weshalb sich die HL-AG entschlossen hat, darüber hinaus im Vorfeld ein System der freiwilligen Bürgerbeteiligung durchzuführen. Um die Zielsetzungen der Transparenz

Es handelt sich dabei um schriftliche Unterlagen mit unterschiedlichen Adressaten und Informationsinhalten.

Informationsbroschüren erklären auf sachlich-neutraler Basis Projekthalt und Teilprojekte. Sie sind so konzipiert, dass sie für eine Vielzahl von Adressaten eingesetzt werden können und grundlegende Informationen vermitteln.

Die Anrainerinformationen sind schriftliche Hilfsmittel, welche gezielt die von einem Projekt direkt berührten Personengruppen ansprechen. Die Anrainerinfo ist damit auch inhaltlich auf die besonderen Wünsche, Fragen und Sorgen der Anrainer abgestimmt und behandelt

Was Öffentlichkeitsarbeit **IST**:

Kommunikation

Information

Was Öffentlichkeitsarbeit **NICHT IST**:

Werbung

überreden

Abgangsmöglichkeiten entlang der Strecke geschaffen werden und auch für Pendler die Nahverkehre entscheidend attraktiviert werden (Graz–Deutschlandsberg 25 min gegenüber 1 h).

Genau diese Vorteile sind innerhalb einer Trassendiskussion zu transportieren bzw. bringen das Ziel einer Planung für den Bürger deutlich zum Ausdruck.

In der Verkehrsinfrastruktur sprechen wir von Planungshorizonten in Dimensionen von Jahrzehnten und einer Lebensdauer von 150 und mehr Jahren.

der Planung und der Glaubwürdigkeit im Rahmen der Projektarbeit zu erzielen, wird ein vielschichtiges System von Information und Kommunikation eingesetzt.

3. Information

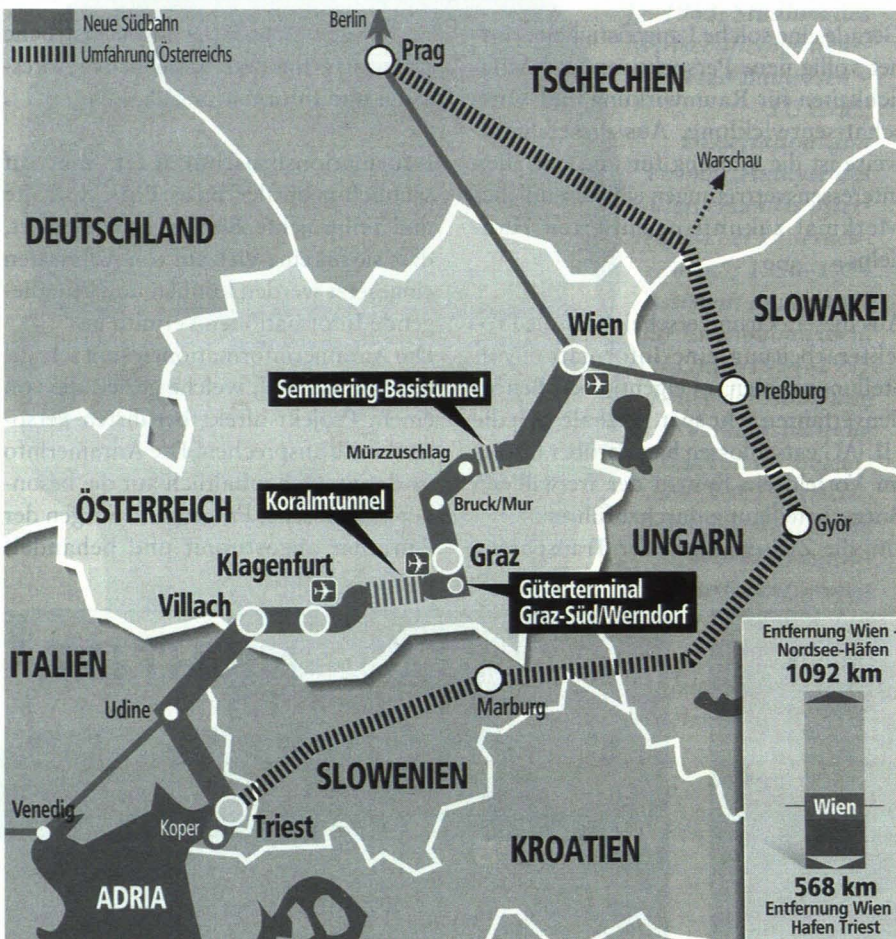
Für die Bereiche Information als einseitig gerichtete Vermittlung von Inhalten können beispielhaft folgende Medien eingesetzt werden:

- Informationsbroschüren
- Anrainerinformationen
- Information an Medien etc.

genau diese Fragestellungen in zeitlich meist periodischen Abständen.

4. Kommunikation

Von besonderer Bedeutung ist neben einer ausreichenden Information vor allem eine intensive Kommunikation mit allen Projektbeteiligten und Interessensgruppen. Zu diesem Zweck hat die HL-AG ein eigenes System der Bürgermitarbeit entwickeln lassen. Dieses Modell, bekannt als Ephesus Modell wurde auch durch die Nominierung zum PR-Staatspreis 1997 ausgezeichnet.



Grundidee dieses Modells ist die Bildung von Gesprächsforen, in welchen auf unterschiedlichen Ebenen alle Interessensgruppen vertreten sind. Damit wird einerseits frühzeitig die Möglichkeit der Kommunikation und damit eine Steigerung der Gesprächskultur geschaffen und vor allem entsprechend frühzeitig ein Problembewusstsein für die Projekte erzeugt. Durch die Vielzahl von Interessenslagen und Projektbeteiligten sind Zielkonflikte bei der Erfüllung von Wünschen bei Verkehrsinfrastrukturprojekten systemimmanent. Gerade in einem solchen Umfeld kommt daher einem möglichst frühzeitigen Problembewusstsein besondere Bedeutung zu.

Darüber hinaus ist es bei Linienprojekten

wie es Eisenbahnprojekte sind, erforderlich, verschiedene Themen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen zu diskutieren. Durch die Trassierungsparameter und technischen Rahmenbedingungen sind Grundsatzentscheidungen zum Projekt in größeren räumlichen Zusammenhängen zu treffen, wogegen Detailfragen gerade in räumlich sehr engen Bereichen diskutiert werden müssen. Aus diesem Grund gliedern sich die Gesprächsplattformen – „Foren“ genannt – auch in Regional- und Gemeindeforen.

4.1. Regionalforum

Bei einem Regionalforum handelt es sich um eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem

Projekt und dem UVP-Verfahren aus der Sicht der betroffenen Region, in gesamtgesellschaftlicher Betrachtungsweise beschäftigt. Alle Themen, die über Gemeindegrenzen hinweg Bedeutung besitzen, werden darin behandelt wie z. B. generelle Streckenführungen, Kriterien etc.

Dementsprechend sind auch Interessensvertretungen für eine größere Region darin vertreten:

- die für die Region zuständigen Abgeordneten zu den gesetzgebenden Körperschaften
- die Bürgermeister der Standortgemeinden
- die Bezirkshauptleute
- Vertreter der Bezirksstellen von Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer
- Vertreter der Bürgerinitiativen, die regional und über Gemeindegrenzen gebildet wurden
- Interessensvertretungen für die gesamte Region wie Feuerwehr, Jägerschaft etc.

Die Sitzungen werden von einem externen Moderator/Mediator begleitet. Aufgabe des Mediators ist es, die Sitzung nicht nur zu leiten, sondern auch zur Konfliktbewältigung beizutragen. Dabei geht es auch um die Suche nach Lösungsmöglichkeiten, ohne Zwang zum Konsens.

Ergänzend zu diesen Gesprächsforen sind weitere Gesprächsebenen in der Projektarbeit für Spezialfragen auf unterschiedlicher Ebene vorgesehen.

4.2 Gemeindeforum

Innerhalb der Gemeinden werden sogenannte Gemeindeforen eingerichtet, welche sich vor allem mit gemeindegenspezifischen Fragestellungen beschäftigen und in denen die Gemeindevertreter und Bürger ihre Wünsche, Bedenken und Vorschläge erörtern und zuletzt in einer ver-

fahrenskonformen Weise ausformulieren können.

Generell werden alle Foren und Gesprächsplattformen protokolliert und sind damit Grundlage von Vereinbarungen bzw. Projektübereinkommen zwischen Projektwerber und der Bevölkerung bzw. den Interessensvertretungen.

In Gemeindeforen werden folgende Zusammensetzungen vorgeschlagen:

- der Bürgermeister
- Vertreter der betroffenen Katastralgemeinde (z. B. Ortsvorsteher)
- der/die Vorsitzende des Umweltausschusses
- Anrainervertreter
- ortsansässige Vertreter der Bürgerinitiative(n)
- der Gemeindegemeindefunktionär
- der Gemeindefunktionär
- der Feuerwehrkommandant
- Rettung/Sicherheitsdienst
- Grundeigentümer
- Jägerschaft
- Tourismusvertreter etc.

Auch die Gemeindeforen werden von einem externen Moderator begleitet und geführt.

4.3 Informationsbüros

Von besonderer Bedeutung für eine direkte Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit ist auch die Installierung von Informationsbüros.

Die Informationsbüros werden in den Regionen eingerichtet, um der Bevölkerung die Gelegenheit zu geben, sich vor Ort aus erster Hand (vom Projektwerber) zu informieren. Für das Projekt Koralmbahn sind in der Steiermark und Kärnten zusammen insgesamt neun Informationsbüros eingerichtet.

In diesen Informationsbüros stehen einmal wöchentlich und zusätzlich nach

Vereinbarung Vertreter des Projektwerbers für detaillierte Auskünfte zur Verfügung.

Sind bestimmte Planungsphasen abgeschlossen, so werden die Informations- und Kommunikationsschienen in den Infobüros und Foren durch zusätzliche Informationsausstellungen ergänzt.

In solchen Ausstellungen werden Inhalte zum Projekt, in Form einer Messe, vom Projektwerber mit dem gesamten Planungsteam auf breiter Basis der Öffentlichkeit vorgestellt.

5. Schlußfolgerung

Die Kombination von schriftlichen Informationen und der Vielzahl von Kommunikationsplattformen hat zum Ziel, eine verstärkte Identifizierung der Bevölkerung mit dem Projekt zu gewährleisten und in weiterer Folge auch die Qualität der Planung zu steigern. Des Weiteren kann dadurch auch die Qualität von Stellungnahmen im Rahmen der UVP-Verfahren durch vertiefte Sachkenntnis verbessert werden.

Insbesondere können dadurch die im Laufe einer Projektgeschichte aufkommenden Gerüchte, Ängste und Sorgen minimiert werden und durch die Kommunikationsebene die erforderliche beidseitige Information (Kommunikation) hergestellt werden.

Grundsätzlich ist auch der Projektwerber mit dem Planungsteam im Sinne einer qualitativ hochwertigen Planung auf die Informationen der BürgerInnen angewiesen. Erst unter Einbeziehung dieser Aspekte können damit Projekte mit Verantwortung für die Zukunft realisiert werden.

Literaturverzeichnis:

- Ephesus Model; Kienast-Erles, 1997

- Projektunterlagen Koralmbahn, HL-AG
- Informationsmappen Koralmbahn, 1997
- UVE-Leitfaden; Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, 1994
- Die neue Südbahn; Überparteiliches Aktionskomitee neue Südbahn, 1999